

**Geschäftsführer Sebastian Chwala**Bahnhofstr. 6  
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 23. April 2019

**Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 12. April 2019****Rettung des „Havanna 8“ gefordert – Stadtparlament verlangt Bleiberecht für algerische Familie – Streit um Pohl-Pläne am Afföller – Sterben bleibt teuer**

Auf der Tagesordnung der April-Sitzung des Stadtparlaments standen zahlreiche Aussprachen, sowie ein Dringlichkeitsantrag von Marburger Linken und Grünen zur Rettung des alternativen Kneipenprojekts „Havanna 8“. Darüber hinaus votierte eine Mehrheit der Stadtverordneten für den Antrag der Marburger Linken, dass der Magistrat sich für ein Bleiberecht einer algerischen Familie einsetzen solle, die in Marburg lebt.

**Zukunft des „Havanna 8“ „nicht dringlich“?**

Als erstes wurde über die Dringlichkeit des Antrags über die Zukunft des „Havanna 8“ beschlossen. Elisabeth Kula, Stadtverordnete der Marburger Linken, führte aus, dass der Verlust der Räumlichkeiten des Kneipenkollektivs nur ein weiterer Beweis für einen Verdrängungsprozess in Marburg sei, der auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen und von nicht kommerziellen Kulturprojekten gehe. Deshalb solle sich der Magistrat aktiv dafür einsetzen, dass das „H 8“ einen neuen Standort finde. Obwohl auch SPD und der Pirat zustimmten wurde das Zwei-Drittel-Quorum für die Dringlichkeit nicht erreicht. Daher kann der Antrag erst in der Mai-Sitzung beraten werden.

**Marburger Linke und Grüne gegen Verkauf des Afföllergeländes an Pohl-Firma**

Weiter ging es mit einer Aussprache um die Zukunft des Geländes am Afföller, das derzeit als Parkplatz genutzt wird. Henning Köster stellte dabei während der Debatte für die Marburger Linke klar, dass diese stadt-eigene Fläche nicht an einen privaten Investor wie die MPG des Pohl-Konsortiums verkauft werden darf, der am Bedarf vorbei eine hochpreisige Seniorenresidenz errichten könnte. Viel eher sollten die Bedürfnisse der Anwohner einbezogen und das vorhandene kulturelle Angebot ausgebaut werden. Nutzungskonflikte seien sonst programmiert. Es müsse die Aufgabe der Stadt sein, Konzepte zur Entwicklung dieser Flächen am Rand der Innenstadt zu entwickeln. Hier dürften nicht „Menschen mit viel Geld“ wie die Pohl-Familie den Vorrang erhalten, ergänzte Tanja Bauder-Wöhr von der Marburger Linken. Die Vorlage des Magistrats, mit potentiellen Investoren über den Verkauf der Flächen zu verhandeln, lehnten die Fraktion der Marburger Linken und der Grünen deshalb ab. Pläne der Grünen, hier ein Parkhaus zu errichten fanden allerdings nicht die Zustimmung der Marburger Linken, da das noch mehr Autoverkehr in der Innenstadt zur Folge hätte.

## **Marburger Friedhofsgebühren bleiben auf hessischem Höchstniveau**

Aussprache hatte die Marburger Linke zu einer Magistratsvorlage beantragt, die eine weitere Erhöhung der Friedhofsgebühren, mit denen Marburg bereits jetzt in Hessen an der Spitze liegt, vorsah. Renate Bastian begründete die Ablehnung vorwiegend unter zwei Gesichtspunkten: Einmal habe sich die Bestattungskultur deutlich gewandelt. Die Entwicklung gehe zu neuen Formen, unter anderen der Urnenbestattung. Das bedeutet, dass die Fläche für Gräber abnehme, die Gebühr etwa für Urnengräber dennoch erheblich steige. Die Pflege des gesamten Friedhofsgeländes könne aber nicht nur den Hinterbliebenen aufgelastet werden, zumal Friedhöfe in den Städten immer mehr den Charakter von allgemein genutzten Grünanlagen und kulturhistorischen Denkmäler bekämen. Der Anteil des „grünpolitischen Werts“, müsse beim städtischen Anteil der Finanzierung daher einen höheren Stellenwert bekommen. Zum anderen lägen die Gebühren für die Grabnutzung weit über dem Durchschnitt vergleichbarer hessischer Städte.

Stellung gegen die Forderung der Linken, die Nutzungsgebühren auf hessisches Durchschnittsniveau zu halbieren, bezog der Haushaltsexperte der CDU Roger Pfalz, der mit einer Broschüre des Bundes der Steuerzahler von 2010 zu beweisen glaubte, dass Marburg sich im hessischen Mittelfeld befinde. Dabei hatte er wohl übersehen, dass die Gebühren bereits 2012 so massiv erhöht wurden, dass Marburg an die Spitze der vergleichbaren Städte katapultiert wurde, wie die Marburger Linke damals bereits detailliert nachwies. Die anderen Fraktionen stimmten der Erhöhung dennoch zu.

### **„Green City“-Plan akzeptiert**

Als nächstes stand eine Debatte über den „Green City“-Plan des Magistrats an. Mit diesem soll die Luftbelastung im Innenstadtbereich gesenkt werden. Henning Köster wies auf die Kritikpunkte der Marburger Linken an der Verkehrspolitik der ZIMT-Koalition hin. So hätten sich die Noten für den Marburger Radverkehr in einer aktuellen Studie des Allgemeinen Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) im Vergleich zum letzten Jahr sogar verschlechtert. Auch die Fußgänger kämen im vorgelegten Konzept kaum vor. Die Fraktion stimmte dennoch dem vorgelegten Konzept im Grundsatz zu.

### **Marburger Linke besorgt über neue Stadtpolizei**

Abschließend diskutierten die Stadtverordneten noch über einen Antrag der Marburger Linken, der sich gegen die Schaffung einer Stadtpolizei aussprach. Die Ordnungskräfte sollen sich weiterhin auf die Verkehrsüberwachung konzentrieren. Während durch die Vernachlässigung der Überwachung des fließenden Verkehrs ein realer Rückgang der Einnahmen in der Stadtkasse zu verzeichnen sei, diene die Einführung der Stadtpolizei einer Befriedung von subjektiven Angstgefühlen. Marburg sei laut Kriminalstatistik jedoch eine sichere Stadt, argumentierte Henning Köster. Eine derartige Umstellung von Teilen der Ordnungskräfte, deren Tätigkeitsbereich an jenen der Polizei heranrückt, hätte im Vorfeld diskutiert werden müssen, mahnte Jan Schalauske zum Ende der Debatte für Fraktion der Marburger Linken an.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jan Schalauske, Jonathan Schwarz, Inge Sturm